

**MEHR
FERIEN
=
WENIGER
JOBS**



DARUM GEHT ES: STARRE VERFASSUNGSLÖSUNG STATT SOZIALPARTNERSCHAFT

Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» der Gewerkschaft Travail.Suisse will das Recht auf sechs Wochen bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Verfassung festschreiben. Heute liegt der gesetzliche Anspruch bei vier Wochen (fünf Wochen für alle unter 20 Jahren). Dank sozialpartnerschaftlicher Regelungen haben viele Arbeitnehmende aber länger Ferien: Unter 50-Jährige haben im Schnitt 4,8 Wochen Ferien, über 50-Jährige 5,4 Wochen. Hinzu kommen acht bis zehn – mehrheitlich freiwillig bezahlte –

Feiertage. Die Initiative verlangt nun eine starre Verfassungslösung. Das ist falsch: Die bisherige Regelung hat sich bewährt.

Die Initiative wird deshalb von einer breiten Mehrheit aus Politik und Wirtschaft abgelehnt. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat sagen NEIN – ebenso alle bürgerlichen Parteien (CVP, GLP, BDP, FDP, SVP) und alle Wirtschaftsverbände (Arbeitgeberverband, economiesuisse, Gewerbeverband und zahlreiche Branchenverbände).

«DIESE INITIATIVE IST FÜR KLEINE UND KLEINSTE BETRIEBE ÄUSSERST SCHÄDLICH UND NICHT BEZAHLBAR.»

Edi Engelberger, Stans, langjähriger Geschäftsführer einer Druckerei und FDP-Nationalrat



**«MIT DER FERIENINITIATIVE SÄGEN
WIR AM AST, AUF DEM WIR SITZEN.»**

DIE FERIENINITIATIVE SCHADET DEN KMU

- **KMU leiden bereits unter dem starken Franken und im internationalen Vergleich hohen Arbeitskosten.**
- **Die Annahme der Initiative kostet die KMU über 6 Milliarden Franken pro Jahr.**
- **Zusätzliche Belastungen liegen in der Krise nicht drin.**

DIE FERIENINITIATIVE GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE UND WOHLSTAND

- **Höhere Arbeitskosten schaden der Konkurrenzfähigkeit unserer KMU.**
- **Höhere Arbeitskosten führen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins günstigere Ausland.**
- **Weniger Arbeitsplätze gefährden den Wohlstand in der Schweiz.**

DIE FERIENINITIATIVE SCHADET DEN ARBEITNEHMENDEN

- **Flexible Arbeitszeitmodelle sind durch die Initiative gefährdet.**
- **Mehr Ferien führen zu weniger Lohn.**
- **Längere Stellvertretungszeiten bedeuten mehr Stress.**

DIE FERIENINITIATIVE SCHADET DEN KMU

MEHR FERIEN = MEHR KOSTEN

Die Initiative kostet die Schweizer KMU über 6 Milliarden Franken pro Jahr. Diese Erhöhung der Lohnkosten käme zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Denn der starke Franken und die weltweite wirtschaftliche Abkühlung machen den Schweizer Unternehmen bereits heute schwer zu schaffen – ein Ende ist nicht absehbar.

MEHR FERIEN = WENIGER MARKTCHANCEN

Gerade für kleinere Firmen – 88 Prozent der Schweizer Firmen haben weniger als zehn Angestellte – wären die Folgen der Initiative besonders schwerwiegend. Denn sie können längere Abwesenheiten und das dadurch fehlende Know-how schlechter kompensieren als grosse Firmen. Ausserdem ist zu befürchten, dass noch mehr Angestellte zu den Hauptferienzeiten fehlen werden. Gerade für Kleinstfirmen wird es so schwieriger, verlässlich zu planen und Aufträge auszuführen. Doch nur wer als Firma Kontinuität und Zuverlässigkeit garantiert, kann auf dem Markt bestehen und Arbeitsplätze schaffen.

DIE FERIENINITIATIVE GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE UND WOHLSTAND

MEHR FERIEN = WENIGER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Noch höhere Arbeitskosten schaden der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und schwächen die Attraktivität des Standorts Schweiz für neu zuziehende Firmen. Damit werden die beiden wesentlichen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz beschädigt, die in den letzten Jahrzehnten Wohlstand und Arbeitsplätze geschaffen haben.

MEHR FERIEN = WENIGER JOBS

Wegen der Frankenstärke ist der Druck gross, Arbeitsplätze in Länder mit tieferen Arbeitskosten zu verlagern oder Waren vermehrt bei ausländischen Zulieferern zu beziehen. In beiden Fällen gehen in der Schweiz Arbeitsplätze verloren. Die Ferieninitiative verstärkt diesen Druck noch zusätzlich. Das bekommen vor allem schlechter ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu spüren. Bei ihnen steigt die Arbeitslosigkeit am schnellsten.

FERIENINITIATIVE HÖHLT SOZIALPARTNERSCHAFT AUS

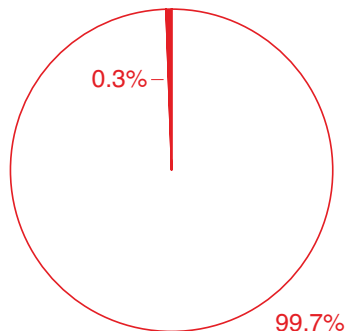
Die Schweiz hat eine 100-jährige sozialpartnerschaftliche Tradition. Über 1,7 Millionen Arbeitnehmende profitieren von branchenspezifischen Gesamtarbeitsverträgen, die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen. Hinzu kommen zahlreiche Sonderregelungen in den Unternehmen. Diese sozialpartnerschaftlichen Lösungen sind optimal auf die Bedürfnisse der Branchen und Firmen abgestimmt.

So erhalten beispielsweise Beschäftigte im Bauhauptgewerbe aufgrund der stärkeren körperlichen Belastung bis zum 50. Altersjahr fünf Wochen und danach sechs Wochen Ferien. Die gleiche Regelung gilt für die Holzverarbeitungs- und Uhrenindustrie. In der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie haben alle Angestellten Anrecht auf 25 Tage Ferien und bereits ab 40 Jahren steigt der Anspruch auf 27 und ab 50 Jahren auf 30 Tage an. Die Ferieninitiative verhindert mit ihrer starren Forderung solche bewährten sozialpartnerschaftlichen Lösungen.

DIE SCHWEIZ IST EIN KMU-LAND

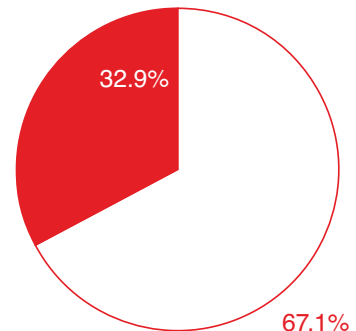
Über 99 Prozent aller Firmen haben weniger als 250 Angestellte und mehr als 67 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in einem KMU. Gerade diese kleinen und mittleren Unternehmen würden besonders unter der Ferieninitiative leiden.

UNTERNEHMENSGRÖSSEN



□ KMU
■ Grossunternehmen

BESCHÄFTIGTE



Quelle: Bundesamt für Statistik

MEHR FERIEN BELASTEN DIE STEUERZAHLENDEN

Die Ferieninitiative würde auch beim Bund, den Kantonen und Gemeinden für steigende Personalkosten sorgen. Für die Kantone kämen diese Mehrbelastungen zu einem schlechten Zeitpunkt. Denn ab 2012 gilt die neue Spitalfinanzierung, die den Kantonen eine Mehrbelastung von bis zu 1 Milliarde Franken pro Jahr beschert. Zudem hat die Nationalbank angekündigt, wegen ihrer Deviseninterventionen 2012 weniger oder gar keine Gewinne an die Kantone auszuschütten. Einige Kantone ziehen darum schon Steuererhöhungen in Betracht. Müssen Bund, Kantone und Gemeinden noch mehr für ihre Personalbudgets einplanen, könnte das höhere Steuern oder Sparpakete zur Folge haben.

«EIN BLICK INS AUSLAND ZEIGT: ALLE EINGRIFFE IN DEN ARBEITSMARKT HABEN ZU HÖHERER ARBEITSLOSIGKEIT GEFÜHRT.»

Sylvia Flückiger-Bäni, Schöffland, KMU-Unternehmerin und SVP-Nationalrätin

DIE FERIENINITIATIVE SCHADET DEN ARBEITNEHMENDEN

MEHR FERIEN = WENIGER FLEXIBILITÄT

Heute profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von flexiblen Arbeitszeiten und individuellen Jobmodellen: Teilzeitstellen, Jobsharing, Möglichkeiten, zu Hause zu arbeiten. Gerade für berufstätige Eltern kann dies wertvoller sein als mehr Ferien. Denn die Flexibilität erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Solche individuell auf den Arbeitnehmenden abgestimmten Modelle gefährdet die Ferieninitiative mit ihren starren Regelungen. Denn individuelle Jobmodelle und mehr Ferien werden sich insbesondere KMU nicht leisten können.

MEHR FERIEN = MEHR STRESS

Viele Firmen können es sich in der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht leisten, zusätzliche bezahlte Stellvertretungen einzustellen. Folglich nimmt die Belastung für die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu. Sie müssen während der längeren Ferienabwesenheit ihrer Arbeitskollegen mehr Stellvertretungen

und Zusatzbelastungen übernehmen. Das bedeutet für die Anwesenden mehr Hektik und mehr Stress. Die Ferieninitiative entpuppt sich damit als Bumerang. Denn sie verursacht nicht weniger, sondern mehr Stress.

MEHR FERIEN = WENIGER LOHN

Die wenigsten KMU sind in der Lage, ihren Angestellten für kürzere Arbeitszeiten den gleichen Lohn zu zahlen. Denn dieser Lohnzuwachs müsste durch einen Produktivitätsgewinn wettgemacht werden. Sonst geht die Rechnung nicht auf. Werden die KMU jährlich mit bis zu einem halben Monatslohn pro Beschäftigten mehr belastet, haben die Arbeitgebenden in der Regel zwei Möglichkeiten: Entweder sie korrigieren die Löhne nach unten oder sie verzichten so lange auf Lohnerhöhungen, bis der Produktivitätsverlust kompensiert ist. Die Verlierer sind die Angestellten.

www.ferieninitiative-nein.ch

Bundesrat und Parlament empfehlen am 11. März ein NEIN zur Ferieninitiative.